

Einleitung und Fragestellung

Die vorliegende Arbeit erforscht den politischen Diskurs in Russland in den Jahren 2000 bis 2008 in den Dimensionen der politischen und nationalen Identität. Dabei wird nicht von einer monolithischen „Identität“ Russlands ausgegangen, sondern vielmehr beleuchtet wie, insbesondere im offiziellen Diskurs, verschiedene Identitäten, Forderungen und Vorstellungen darüber, wie Russland politisch und national aufgebaut sein soll, zusammengeführt oder artikuliert werden. Diese Verbindungen sind nicht zwingend oder notwendig, sondern kontingent und teils widersprüchlich. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Verwebung von demokratischen mit nationalistischen Forderungen, die den politischen Diskurs charakterisiert.

Der Untersuchungszeitraum fällt zusammen mit den beiden Amtszeiten von Vladimir Putin, ohne dass diese Arbeit sich auf eine Abhandlung über dessen Regierungsführung reduzieren ließe. Allerdings gilt der Zeitraum gemeinhin als eine Phase der „Stabilisierung“ Russlands nach den tumultartigen und turbulenten 1990er Jahren, für die stellvertretend Boris El'cin steht. „Stabilisierung“ und „Stabilität“ sind in diesem Kontext missverständliche und umstrittene Begriffe. Keineswegs ist damit hier der politikwissenschaftliche Begriff der demokratischen Konsolidierung gemeint, jene idealtypische Phase, die nach einem Prozess der Transition eintritt. „Stabilisierung“ deutet aber auf eine auch für diese Arbeit wichtige Idee: Jene einer Stabilisierung von Bedeutungen, von politischen und nationalen Identitäten, die der offizielle Diskurs wieder und wieder herzustellen versucht. In diesem, und nur in diesem Sinne ist die Arbeit auch eine über die Stabilisierung Russlands.

Richard Sakwa stellt richtig fest, dass das Regime Putin zwar als Konsolidierungsregime bezeichnet werden kann – das einzige, was aber konsolidiert zu sein scheint, ist das Regime selbst (Sakwa 2004: 17). Sakwa führt drei nützliche Begriffe ein, um den Untersuchungszeitraum zu beschreiben: Die russische Politik habe ab 2000 zu einem „Normalzustand“ (*normality*) zurückgefunden, das heißt,

dass Fragen über den Staatsaufbau und den Regime-Typ als gelöst präsentiert werden. Zugleich kam es zu einer Suche nach Normalität (*normalcy*), womit Sakwa nicht nur die Ablehnung jeder „revolutionären“ Reform meint, sondern auch den Versuch, mit der Vergangenheit ins Reine zu kommen. Gleichzeitig ist die Periode gekennzeichnet durch Prozesse der Normalisierung (*normalisation*), des Herstellens von Normalität, des *Managements* des Landes außerhalb systemischer Veränderungen (Sakwa 2004: 18ff.).¹

Es ist nicht zuletzt diese dreidimensionale Normalität, die in der vorliegenden Arbeit beleuchtet wird. Normalität setzt dabei die Stabilisierung von Bedeutungen voraus: eine Idee des „Angekommenseins“; die Vorstellung einer Geschichte ohne Riss und Bruch; die Ablösung von Politik durch Management, in deren Zuge die politische Auseinandersetzung – zumindest oberflächlich – einem Konsens gewichen ist, der nur noch Verwaltung erfordert.

In den drei Begriffen von Sakwa deutet sich ein weiterer Aspekt an, der für die Positionierung der Arbeit im weiteren sozialwissenschaftlichen Kontext bedeutsam ist: Eine Analyse der russischen Politik in den Begrifflichkeiten von Transition und Demokratisierung beziehungsweise entlang des Dualismus Demokratie/Nicht-Demokratie erscheint obsolet (Bacon et al. 2007). Bei aller Suche nach Demokratisierungsindikatoren, bei allen Untersuchungen von Zivilgesellschaft, Medien, Zusammensetzung der Eliten etc. wird häufig *das Politische* außer acht gelassen. Thomas Carothers bringt es auf den Punkt:

„Aid practitioners and policy makers looking at politics in a country that has recently moved away from authoritarianism should not start by asking, ‚How is its democratic transition going?‘ They should instead formulate a more open-ended query, ‚What is happening politically?‘“ (Carothers 2002a: 18; eig. Hervorh.)

Diese offenere Fragestellung kann nicht nur politische Entscheidungsträger anleiten, sondern auch Maxime für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung sein. In diesem Sinne vollzieht die vorliegende Arbeit einen sanften Bruch mit der traditionellen Politikwissenschaft. „Sanft“, weil die Ansätze, die sie verfolgt, weiterhin lohnend umgesetzt werden können. Sie stellt aber auch einen *Bruch*

1 Sakwa nennt als Beispiele die Weigerung der russischen Administration unter Putin, die Verfassung direkt zu ändern (mit Ausnahme weniger, teils para-konstitutioneller Anpassungen wie der Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten), der Bewahrung der in den 1990er Jahren entstandenen Ordnung, besonders der Privatisierungsergebnisse, sowie der Normalisierung in den internationalen Beziehungen, basierend auf dem Postulat eines russischen Großmachtstatus (Sakwa 2004: 20).

dar, weil sie deren Grundannahmen hinterfragt. Idealerweise bereichern sich jedoch beide Vorgehensweisen gegenseitig, weil die Arbeit nicht andere Antworten auf dieselben Fragen gibt, sondern grundsätzlich bestrebt ist, *andere Fragen* zu stellen. Verfolgt wird also so etwas wie der Versuch eines *Post-Transition-Ansatzes*.

Der Blick richtet sich dabei insgesamt weniger auf Politik (*la politique, politics*) als auf das Politische (*le politique, the political*). Das heißt, dass weniger Wahlen, Parteien, Verträge oder allgemein staatliche Eingriffe und Maßnahmen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen, und damit Politik in einem engeren Sinne. Vielmehr richtet sich das Augenmerk auf Politik in einem weiteren Sinne, als Terrain, auf dem *politics* stattfindet, auf deren Funktionsweise, als Auseinandersetzung darum, was als politisch definiert wird und was nicht (Edkins 1999).² Die zentrale Frage dieser Arbeit ist also nicht so sehr, wie und warum Russland unter Vladimir Putin undemokratischer geworden ist, wie sich Institutionen verändert haben, wie das Wechselspiel von Wirtschaft und Politik ausgeformt wurde. Hier interessieren stattdessen die diskursiven Voraussetzungen des Regimes, die Artikulation und Entwicklung verschiedener sozialer und politischer Forderungen in ein Bedeutungssystem. Wenn von Stabilisierung die Rede sein kann – so eine Kernthese dieser Arbeit – dann in dem Sinne, dass es zu einer (immer nur unvollständigen und damit revidierbaren) Konsolidierung politischer und nationaler Ideen gekommen ist. Aus diesem Grunde wird erforscht, wie politische und nationale Identitäten im offiziellen Diskurs des Analysezeitraums neu zusammengefügt wurden. Der Begriff der „Identität“ ist in den Sozialwissenschaften unter verschiedensten Vorzeichen etabliert. Die vorliegende Arbeit nimmt vor allem Bezug auf ein post-strukturalistisches Verständnis von Identität:

-
- 2 Chantal Mouffe unterscheidet deutlicher zwischen *politics* und *the political*: “By ‘the political’ I mean the dimension of antagonism which I take to be constitutive of human societies, while by ‘politics’ I mean a set of practices and institutions through which an order is created, organizing human coexistence in the context of conflictuality provided by the political.” (Mouffe 2005: 9) Marchart zieht zur Unterscheidung zwischen Politik und dem Politischen die Inauguralrede von Pierre Rosanvallon heran: „Sich auf das Politische und nicht auf die Politik beziehen, das heißt von Macht und von Gesetz, von Staat und der Nation, von der Gleichheit und der Gerechtigkeit, von der Identität und der Differenz, von der *citoyenneté* und der Zivilität, kurzum: heißt von allem sprechen, was ein Gemeinwesen jenseits unmittelbarer parteilicher Konkurrenz um die Ausübung von Macht, tagtäglichen Regierungshandelns und des gewöhnlichen Lebens der Institutionen konstituiert.“ (zit. nach Marchart 2010: 13)

„Understood as the evanescent product of multiple and competing discourses, ‚identity‘ is invoked to highlight the unstable, multiple, fluctuating, and fragmented nature of the contemporary ‚self‘.“ (Brubaker & Cooper 2000: 8)

Politische und nationale Identitäten sollen hier also verstanden werden als jene Äußerungen des *Selbst*, die sich auf das politische und nationale Selbstverständnis Russlands beziehen und die in einem Diskurs vorläufige Stabilität erhalten und Fragmentierung überwinden.³ Welche Identitäten auf welche Art und Weise insbesondere im offiziellen Diskurs konstituiert werden, ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Um den Perspektivenwechsel weg von der Tagespolitik und hin zum politischen Terrain, auf dem diese stattfindet, zu vollziehen, ist ein anderer Begriffsapparat erforderlich als derjenige, den die traditionelle Politikwissenschaft zur Verfügung stellt. Die Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe bietet einen guten Ausgangspunkt. Eine Kernannahme ist, dass jede (politische) Ordnung auf hegemonialen Praktiken beruht. Die vorliegende Arbeit wird mithilfe von Laclau einen post-strukturalistischen Hegemonie-Begriff erschließen. Der Fokus ist dann nicht mehr wie bei Antonio Gramsci die kulturell begründete Vorherrschaft einer Gruppe oder Klasse, sondern die *Expansion eines Diskurses*. Es ist diese Expansion, die hier im Mittelpunkt steht, also das Inkorporieren verschiedener Forderungen in eine Äquivalenzkette, in ein Bedeutungssystem. Die vorliegende Arbeit macht sich besonders den von Laclau (2005) präsentierten Begriff der *Forderungen* zunutze, um zu erfassen, wie sich der offizielle Diskurs zusammensetzt. Die daraus folgende Frage ist dann, was den offiziellen Diskurs zusammenhält.

Chantal Mouffe gibt aber zugleich – wieder in gramscianischer Tradition – zu bedenken:

„Every hegemonic order is susceptible of being challenged by counter-hegemonic practices, i.e. practices which will attempt to disarticulate the existing order so as to install another form of hegemony.“ (Mouffe 2005: 18)

Daher wird diese Arbeit auch einen Blick auf die andere Seite „der Barrikade“ werfen. Die Erkenntnisse aus der Analyse des offiziellen Diskurses werden in

3 Damit werden letztlich Antworten auf die Fragen gesucht, wie Russland sein politisches System definiert und wie Russland als Nation oder nationales Gefüge präsentiert wird.

Beziehung zu gegen-hegemonialen Forderungen gesetzt. Damit können dann Aussagen über den politischen Diskurs insgesamt getroffen werden.

Im Detail gliedert sich die Arbeit wie folgt: Der erste übergeordnete Abschnitt I beleuchtet den Hintergrund der Fragestellung und erarbeitet zentrale theoretische Begrifflichkeiten sowie eine Analysestrategie. In einem ersten Kapitel wird der Aufstieg der Transitions- und Transformationstheorien nachgezeichnet und damit der Aufstieg des für die Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Umbrüchen 1989/90 so wirkungsmächtigen Transitions-Paradigmas. Ziel dieses ersten Kapitels ist es einerseits, die historische Entwicklung des Paradigmas nachzuzeichnen und zu unterstreichen, wie sich von Anfang an politische Ambitionen mit wissenschaftlichen Erwägungen verquickt haben. Andererseits soll unterstrichen werden, wie schwierig es ist, mit dem klassischen Instrumentarium, das die Politikwissenschaft üblicherweise an die Entwicklungen in Osteuropa anlegt, die politische Entwicklung in Russland nach 1989/90, und insbesondere nach 2000, zu begreifen. Zu sehr bleibt die Transformationsforschung teleologischen Vorstellungen eines Wandels hin zu Demokratie und Marktwirtschaft verhaftet – selbst dann, wenn sie eine gegenteilige Entwicklung konstatiert. Zu sehr dominieren normative Vorstellungen von Demokratie und Demokratisierung. Und schließlich fokussiert die Forschung oftmals stark auf die „großen“ politischen Akteure und/oder auf Institutionen, deren formale und informelle Bedeutungen auseinander fallen.

Das zweite Kapitel erschließt die Hegemonie- und Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, deren begriffliches Instrumentarium nachfolgend untersuchungsleitend sein wird. Dieses ermöglicht es insbesondere, einen Begriff zu konkretisieren, der sonst in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert wird: jenen der Stabilität. „Ist Russland nach 2000 ein stabiles Land geworden?“, „Hat es Demokratie gegen Stabilität eingetauscht?“ – so lauten häufig gestellte Fragen. Die einen verweisen auf die Kontinuität des Regimes oder auf das Wirtschaftswachstum. Die anderen zeigen auf die demokratischen Defizite und schreiben dem System *qua* Autoritarismus eine inhärente Labilität zu. Im Licht der gewählten diskurs- und hegemonietheoretischen Herangehensweise bekommt Stabilität eine andere Bedeutung und verweist auf die Bindung von Forderungen in eine Äquivalenzkette und somit auf die Bildung eines stabilen Bedeutungssystems – eine Hegemonie, die aber natürlich auch wieder herausgefordert werden kann, eine Kette, aus der Signifikanten auch wieder herausbrechen können.

Die nächsten Kapitel erarbeiten den Forschungsstand (Kapitel 3) sowie insbesondere eine Analysestrategie (Kapitel 4), die es erlaubt, die zuvor erarbeiteten theoretischen Begriffe für die Bewältigung einer weitgehend empirischen

Aufgabe fruchtbar zu machen. Kern des Abschnittes ist es also, aus dem diskurs-theoretischen Instrumentarium von Laclau ein diskursanalytisches zu entwickeln. Denn obwohl es verschiedene Untersuchungen mit dem diskurstheoretischen Schema von Laclau gegeben hat, fehlt eine systematische Erschließung der Theorie im Hinblick auf deren Verwendung auf spezifische empirische Fälle. Ein möglicher Grund ist, dass der bei Laclau erst später aufgekommene Begriff sozialer und demokratischer Forderungen (Laclau 2005) nicht näher ins Blickfeld gerückt wurde. Diesem Aspekt wird in der vorliegenden Arbeit Rechnung getragen.

Abschnitt II beziehungsweise Kapitel 5 geben den nachfolgenden Ausarbeitungen ein historisches Fundament. Im Zentrum steht hier die „Dislokation des sowjetischen Diskurses“. Was bedeutete der Zusammenbruch der Sowjetunion für den politischen und nationalen Diskurs? Welche neuen Forderungen kamen auf, und wie wurden sie diskursiv eingebunden? Dieses Kapitel zeichnet die tiefe Verunsicherung im Russland der Wendejahre nach und erkundet die Wege, die eingeschlagen wurden, um diese Unsicherheit zu kompensieren. Insbesondere drei diskursive Angebote, um Identitäten neu zu konstituieren, werden beleuchtet: der „Perestroika-Diskurs“, als gescheiterter Versuch, in einem veränderten sowjetischen Gewand neue Forderungen zu artikulieren und solche, die wegzubrechen drohten, wieder zu binden; konservative und restaurative Diskurse, emblematisch vertreten durch Schriftsteller wie Aleksandr Solženicyn; und schließlich der etatistische Diskurs, als eine späte Antwort auf die Verwerfungen der frühen 1990er Jahre, der erfolgreich Forderungen aus verschiedenen Lagern aufnahm.

Abschnitt III stellt eine erste Annäherung an die Schlüsselforderungen des offiziellen Diskurses dar. Kapitel 6 wendet sich erstmals dem Zeitraum ab 2000 zu. Anhand von Parteiprogrammen sollen jene Forderungen isoliert werden, die im politischen Diskurs besonders bedeutsam erscheinen und beispielsweise von verschiedenen politischen Gruppierungen aufgenommen wurden. Aus der Untersuchung ergibt sich unter anderem, dass die „Partei der Macht“, *Einiges Russland*, eine Vielzahl national-konservativer Forderungen übernahm, sich aber zugleich ein modern(isierend)es und demokratisches Gesicht verlieh.

Kapitel 7 wendet sich der Betrachtung der acht Reden Putins vor der Föderalversammlung zu. Die Analyse solcher Ansprachen – vergleichbar mit den sogenannten *State of the Union Addresses* des US-amerikanischen Präsidenten – ist kein unübliches Vorgehen, um offiziell sanktionierte Positionen zu erschließen. Hier liegt der Fokus aber auf den Forderungen Putins im Bereich politischer und nationaler Identitäten. Die Ansprachen werden als Schlüsseltexte des offiziellen Diskurses betrachtet. Dabei fallen unter anderem die meta- und para-politischen

Elemente der Ansprache auf. Prominent figurieren ökonomische Rationalität und das Hervorheben wirtschaftlicher Effizienz als Zielsetzungen aller Politik.

Kapitel 8 konzentriert sich schließlich auf die Schlüsseltexte der „souveränen Demokratie“. 2005/2006 aufgekommen, wird dieses Konzept weniger als „neue Ideologie des Kremls“ untersucht – dazu ist es auch zu uneinheitlich und zu wenig *Weltanschauung* –, sondern mehr als eine Ausformulierung der Politik, wie sie von der Administration seit 2000 durchgeführt wurde. Sie ist die politische Seite der depolitisierten Putin'schen Politik, eine nachträgliche Sinnstiftung und letztlich eindeutig Vorwahlkampf im Hinblick auf den für die gesamte politische Klasse kritischen Wahlzyklus 2007/2008. Insbesondere aus der Analyse dieser Schlüsseltexte ergibt sich ein Satz Forderungen in den Themenkomplexen Demokratie, Beziehungen zum Westen, Modernisierung und Zusammenhalt des Landes.

Abschnitt IV schließlich fokussiert auf den erweiterten offiziellen Diskurs und konkretisiert die im vorherigen Abschnitt erarbeiteten Forderungen. Durch die Einbindung einer Vielzahl offiziöser Texte wird es möglich, die Ränder des offiziellen Diskurses zu beleuchten und deren Grenzen auszuloten. Kapitel 9 konzentriert sich auf die politische Identität betreffende Forderungen, auf das politische Selbstverständnis und Verständnis des russischen Staates und seines Aufbaus, seiner Ziele, seiner Charakteristika. Eine der zentralen Erkenntnisse ist die komplizierte diskursive Operation, mit welcher der offizielle Diskurs versucht, „Demokratie“ kompatibel zu machen mit anderen, der Demokratie scheinbar zuwiderlaufenden Forderungen. Es kann gezeigt werden, dass Demokratie weiterhin ein wichtiger Marker im russischen politischen Diskurs bleibt: Trotz der Tatsache, dass die Strahlkraft des Begriffs an Glanz verloren hat und „Demokratisierung“ keine vorrangige politische Zielsetzung ist, bleibt Demokratie untrennbares Merkmal eines *modernen Staates* – und genau als solchen versucht der offizielle Diskurs Russland nach Kräften zu präsentieren – nach außen und nach innen.

Kapitel 10 wendet sich Forderungen im Hinblick auf die nationale Identität Russlands zu. Nach innen zeichnet sich ein Vorrücken marginaler Forderungen in Richtung des Zentrums des Diskurses ab: So scheint, trotz gegenteiliger Bezeugungen, ein ethno-nationalistisches Verständnis russischer Identität die Überhand gegenüber einem staatsbürgerlichen zu gewinnen. Kennzeichnend ist hier das Erscheinen radikalerer Autoren in staatsnahen Verlagen. Der vielfach diskutierte Gegensatz zwischen den Dimensionen *rossijskij* (russländisch, den russischen Staat betreffend) und *russkij* (russisch im kulturellen Sinne) scheint also eine wichtige Phase zu durchlaufen. Die Abgrenzung nach außen ist einfacher als die Abgrenzung nach innen, aber mindestens genauso ambivalent. So

hat sich die Beziehung zum Westen in der Periode nach 2000 zwar tendenziell verschlechtert, aber – gerade im Hinblick auf Europa – bleiben die Forderungen mehrdeutig und das Verhältnis schwankt zwischen Konkurrenz und Streben nach Zugehörigkeit und Anerkennung.

Dieser Wunsch nach Anerkennung hängt auch zusammen mit Forderungen, die in gegen-hegemonialen Diskursen erhoben werden. Sie sind Gegenstand von Kapitel 11. Die Analyse von 19 Interviews mit Wissenschaftlern, Menschenrechtlern, Politikern und NGO-Aktivist*innen zeichnet das Bild eines anderen „oppositionellen“ Diskurses. Die Opposition in Russland ist, so zeigt sich, oftmals nicht einfach eine „demokratische“. Demokratie, dieser durch den offiziellen Diskurs beinahe kolonialisierte Signifikant, figuriert nicht so prominent wie eine westlich-normative Forderung, die oftmals erwartet würde. Im Zentrum stehen vielmehr oft Forderungen nach Modernisierung und Zugehörigkeit zur „fortschrittlichen Welt“, wobei die Erfüllung der erstgenannten Forderung als wesentliche Bedingung für die Erfüllung der zweiten dargestellt wird. Der Unmut im oppositionellen Diskurs richtet sich insbesondere darauf, dass das Versprechen der Modernisierung nicht eingelöst wurde. Paradox erscheinen somit einerseits die Klagen, Russland sei autoritär, und andererseits die Forderungen, Modernisierung nötigenfalls durch eine „harte Hand“ oder mithilfe einer benevolenten, aufgeklärten Diktatur durchzusetzen.

Vorliegende Arbeit bietet damit ein anderes Verständnis der „Stabilisierung“ Russlands während der Präsidentschaft Vladimir Putins. Insbesondere interpretiert sie diese Stabilisierung nicht als wirtschaftliche Belebung oder als Konsens der Eliten. Stabilisierung wird vielmehr erarbeitet als Einbindung einer Vielzahl verschiedener Forderungen in einen hegemonialen Diskurs.